



Katholischer
Deutscher
Frauenbund

STANDPUNKTE

des Katholischen Deutschen
Frauenbundes



für
mit einander
grenzenlos

#frauensolidarität

DEMOKRATIE
STÄRKEN –
POPULISMUS
WIDERSTEHEN

ES LIEGT AN UNS!

Als Christinnen und Frauenbundfrauen, als Teil der internationalen Frauenbewegung und als Nachfolgerinnen der „Mütter des Grundgesetzes“ tragen wir Verantwortung – für ein friedliches, solidarisches und gerechtes Miteinander in unserem Land und ebenso als Teil einer immer stärker vernetzten Welt. Wir setzen uns für eine starke Demokratie ein und wehren uns gegen rechtspopulistische, antidemokratische und antifeministische Bewegungen, die eine wachsende Spaltung der Gesellschaft als Ziel verfolgen. Unserem politischen Denken und Handeln liegen christliche Werte zugrunde: Menschenwürde, Gerechtigkeit, Solidarität, Nächstenliebe. Das öffentliche und laute Einstehen für diese Werte erfordert Klarheit, Mut, Ausdauer und die Bereitschaft, einander zuzuhören, zu verstehen und im Gespräch zu bleiben. Nur gemeinsam können wir tragfähige Antworten auf aktuelle Fragen finden, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt zukunftsfähig machen.

- ES LIEGT AN UNS, ob wir unserem Gegenüber mit Respekt und Wertschätzung oder mit Vorurteilen begegnen.
- ES LIEGT AN UNS, ob Werte wie Gerechtigkeit, Solidarität und Menschenwürde oder Hass und Ausgrenzung unser Miteinander bestimmen.
- ES LIEGT AN UNS, ob wir politisches Geschehen aktiv mitgestalten oder nur Zuschauende sind.
- ES LIEGT AN UNS, ob wir Verantwortung für eine tragfähige Demokratie in unserem Land übernehmen oder sie denjenigen überlassen, die sich mit Wort und Tat dagegenstellen.

Der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) engagiert sich seit seiner Gründung 1903 für ein gleichberechtigtes Miteinander in allen Teilen unserer Gesellschaft. Dabei haben wir besonders gleiche Teilhabe-Chancen von Frauen und Mädchen im Blick. In der Corona-Pandemie zeigt sich eindrücklich, dass vielfach Frauen gesellschaftliches und privates Leben aufrechterhalten, verstärkt Sorgearbeiten übernehmen und gleichzeitig in ihren Lebens- und Berufssituationen Benachteiligungen erfahren.

Deshalb treten wir mit aller Kraft dafür ein, dass Gerechtigkeit, Solidarität und Menschenwürde garantiert werden – in Deutschland und weltweit. Im Jahr der Bundestagswahl 2021 stellt der KDFB daher seine Forderungen an Politik und Gesellschaft für ein gerechtes, solidarisches und würdevolles Zusammenleben vor.

KDFB-Bundesvorstand im April 2021

CHANCEN GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Der KDFB setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht gleiche Verwirklichungs- und Teilhabechancen in allen Teilen von Politik und Gesellschaft haben. Strukturen, die Benachteiligung festigen oder fördern, widersprechen einer staatlichen Gleichstellungspolitik. Deshalb hält der KDFB Geschlechtergerechtigkeit für eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe in der Politik.

Im Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes heißt es: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“. Dies ist in allen gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen, auch durch eine paritätische Besetzung der Parlamente. Nur so können die Ansichten und Forderungen von Frauen stärker in Politik und Öffentlichkeit sichtbar werden. Wir appellieren, die Handlungsempfehlungen der Sachverständigenkommissionen zu den Gleichstellungsberichten der Bundesregierung zügig und konsequent umzusetzen. Die ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie 2020 der Bundesregierung sowie die Einrichtung der Bundesstiftung Gleichstellung sind wichtige Schritte auf diesem Wege.

LEBENS- LÄUFE

SORGEARBEIT, BERUF UND EHRENAMT IM LEBENSVERLAUF

Der KDFB engagiert sich für eine partnerschaftliche und geschlechtergerechte Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit. Eine Jede und ein Jeder muss das Recht haben, für andere zu sorgen und selbst versorgt zu werden. Es muss zu einer neuen Normalität von Lebensverläufen kommen, in denen Zeiten für Beruf, Sorgearbeit, Ehrenamt und Weiterbildung ermöglicht werden. Wir setzen uns für ein Konzept der „atmenden Lebensläufe“ ein.

WIR FORDERN

- ▶ die Pflege von Angehörigen, die Erziehung von Kindern etc. an eine Entgeltleistung zu koppeln (z.B. siehe Eltern- und Pflegegeld), um den heutigen Lebensverläufen gerecht zu werden;
- ▶ den betrieblichen Ausbau geschlechtergerechter Arbeitsplatzkonzepte unter Einbeziehung von Home-Office oder mobilem Arbeiten, um Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf zu gewährleisten;
- ▶ die Schaffung von mehr vollzeitnahen Teilzeitstellen, den Ausbau von Brückenteilzeit sowie von lebenslauforientierten Arbeitszeitmodellen;
- ▶ dass die zeitweilige Verminderung der Erwerbsarbeit zur Übernahme von Pflege- und Erziehungsaufgaben sich weder auf die Gehaltsstufe noch auf die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten auswirken darf;
- ▶ weitere Maßnahmen zu entwickeln, die Frauen und Männer für den beruflichen Wiedereinstieg nach Kindererziehung oder Pflege beraten und passgenau sowie ressourcenorientiert qualifizieren;
- ▶ eine rechtlich eindeutige bundeseinheitliche Regelung für die Freistellung von Mitarbeitenden, wenn sie sich für ehrenamtliches Engagement weiterbilden wollen;
- ▶ die Steuerfreibeträge für Einnahmen aus Ehrenamts- und Übungsleiter*innentätigkeiten anzugleichen.

LOHNGLEICHHEIT UND BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISSE

Der KDfB setzt sich für eine deutliche Reduzierung der geschlechterbezogenen Entgeltlücke von derzeit 18% ein. Wir engagieren uns für existenzsichernde Löhne und menschenwürdige Beschäftigungsverhältnisse für alle Geschlechter. Arbeitswelt und Lebensgewohnheiten verändern sich durch den digitalen Wandel permanent. Digitale Teilhabe muss daher als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge verstanden werden.

WIR FORDERN

- ▶ eine Berufsberatung für Mädchen und Frauen, die an der Person orientiert gendersensibel, offen und umfassend über Arbeitsrealitäten, Karriere- und Verdienstmöglichkeiten informiert;
- ▶ weitere Maßnahmen für gleiche Entlohnung für gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern zu schaffen;
- ▶ die geltenden Regelungen des Entgelttransparenzgesetzes mittelfristig auch für Betriebe mit unter 200 Beschäftigten auszuweiten;
- ▶ eine Sozialversicherungspflicht für alle Arbeitsverhältnisse einzuführen (mit geringerer Belastung von niedrigen Einkommen und Ausnahmeregelung, z.B. im Studium oder für Rentner*innen);
- ▶ prekäre Beschäftigungsverhältnisse deutlich zu reduzieren und den Mindestlohn wie geplant weiter schrittweise zu erhöhen;
- ▶ die Steuerklasse V abzuschaffen und die Möglichkeit der gleichwertigen Besteuerung der Einkommen von Paaren („Faktorverfahren“) stärker zu bewerben sowie die Situation von Alleinerziehenden steuerrechtlich deutlich zu verbessern;
- ▶ die gesetzlichen, tariflichen und betrieblichen allgemeinverbindlichen Arbeitsschutzregelungen zu überarbeiten, um der schleichenden Aufweichung des Arbeitsschutzes im Kontext mobiler Arbeit entgegenzuwirken.

ALTERSSICHERUNG

Der KDfB tritt für soziale Gerechtigkeit zwischen Generationen ein und engagiert sich für eine Rentenpolitik, die unterschiedliche Lebensverläufe verschiedener Generationen von Frauen besser berücksichtigt. Dazu gehört besonders der Ausbau eigenständiger Rentenansprüche von Frauen, um das erhöhte Altersarmutsrisiko zu verringern. Wir plädieren für das konsequente Zusammendenken von Sorge- und Erwerbsarbeit in der Lebensverlaufsperspektive.

WIR FORDERN

- ▶ Mindestelemente in der gesetzlichen Rente einzubauen, die auch bei Frauen und Männern mit geringem Einkommen und Erwerbsunterbrechungen später zu einer existenzsichernden Altersrente führen. Die Grundrente ist entsprechend auszubauen;
- ▶ Selbständige, die bislang keinem anderen Altersvorsorgesystem angehören, in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen;
- ▶ für Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II wieder Rentenbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit entrichten zu lassen;
- ▶ einen verpflichtenden, laufenden Versorgungsausgleich für zukünftige Ehen anzustreben (Rentensplitting); dazu ist eine laufende Übersicht über alle Rentenanwartschaften erforderlich;
- ▶ die Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rente durch einen aus Steuermitteln finanzierten dritten Entgelt-punkt auch für vor 1992 geborene Kinder;
- ▶ den Erwerb von Rentenanwartschaften bereits für Pflegeleistungen ab dem ersten Pflegegrad zu ermöglichen;
- ▶ Rentenzahlungen, die aufgrund der rentenrechtlichen Anerkennung von Kindererziehungszeiten erfolgen, bei der Bedürftigkeitsprüfung in der Grundsicherung im Alter nicht mehr als Einkommen anzurechnen.

FAMILIENBEZIEHUNGEN: VERBUNDENHEIT UND GEBUNDENSEIN

Der KDFOB versteht Familie als Lebensraum, in dem Menschen gleichen oder unterschiedlichen Alters, Geschlechts sowie sozialen, kulturellen und religiösen Kontextes Verantwortung füreinander übernehmen, in auf Dauer angelegten, stabilen Beziehungen leben und mit- und voneinander lernen. Familie meint: verheiratete Paare und Partnerschaften ohne Tauschein, Alleinerziehende, Paare ohne Kinder oder gleichgeschlechtliche Paare. Wir fordern, dass jede Familienform mit Kindern besonders gefördert und unterstützt wird.

WIR FORDERN

- ▶ gleichstellungspolitisch die unterschiedlichen individuellen Lebensverläufe konsequent zu berücksichtigen. Dazu gehört, die Chancen und Risiken von ehemals als Paar getroffenen Lebensentscheidungen zwischen den Geschlechtern gerechter zu verteilen;
- ▶ weitere gesellschaftliche Rahmenbedingungen und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die Paare dazu ermutigen, ihren gemeinsamen Kinderwunsch auch früh im Lebenslauf realisieren zu können;
- ▶ ein Drittel der Elternzeit muss Elternteil-bezogen sein, so dass es nicht übertragen werden kann. Es muss für beide Elternteile normal werden, ihre Erwerbsarbeit zu reduzieren oder aufgrund von Pflegezeiten gänzlich zu pausieren;
- ▶ eine bundesweit flächendeckende Sorge-Infrastruktur, bei der der gesamte Lebensverlauf eines Menschen in den Blick genommen wird, beginnend bei einer qualitativ hochwertigen, wohnortnahen und bedarfsorientierten Kinderbetreuung bis hin zu der Pflege älterer und kranker Menschen;
- ▶ die Übergänge zwischen häuslicher, ambulanter und stationärer Versorgungsformen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen flexibler zu gestalten;
- ▶ die Situation von Alleinerziehenden zu verbessern;
- ▶ den Fortbestand institutioneller und ehrenamtlicher Ehe-, Partnerschafts- und Familienberatungsstellen zu sichern und auszubauen.

VERLETZLICHKEIT DES LEBENS

Der KDFOB setzt sich als Verband von Christinnen aller Generationen für den Schutz des Lebens in seinen besonders verletzlichen Phasen ein. Wir stellen aus der Perspektive von Frauen in unterschiedlichen Lebenslagen bioethische Fragen an die medizinischen Entwicklungen insbesondere im Bereich der Reproduktionsmedizin und Pränataldiagnostik. Wir machen uns stark für eine inklusive Gesellschaft und nehmen auch die Ängste von Schwerstkranken am Lebensende ernst.

WIR FORDERN

- ▶ die Angebote ergebnisoffener Beratung über pränatale Test- und Untersuchungsmöglichkeiten auszubauen, welche Schwangere zur informierten Entscheidung befähigt;
- ▶ am Verbot der Eizellenspende sowie der Leihmutterschaft in Deutschland festzuhalten sowie die Produktion von Embryonen zum Zwecke einer späteren Adoption abzulehnen;
- ▶ begleitende Unterstützungsangebote für Eltern von Kindern mit Behinderungen kontinuierlich auszubauen;
- ▶ sich gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention insgesamt aktiv für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Teilen von Gesellschaft einzusetzen und den Abbau jedweder Form von Diskriminierung voranzutreiben;
- ▶ die Informationen zu Patientenverfügung sowie Organspende und Vorsorgevollmacht zu verbessern;
- ▶ die Schaffung gerechter und menschenwürdiger Bedingungen und Unterstützungen für Kranke und Sterbende wie auch für diejenigen, die sie pflegen;
- ▶ Angebote der Palliativmedizin, Palliativpflege und Hospize weiter auszubauen und sie in Einrichtungen der Alten- und Behindertenpflege zu etablieren und zu verankern;
- ▶ das gesetzliche Verbot der geschäftsmäßigen Form der Suizidbeihilfe aufrechtzuerhalten und den vom Bundesverfassungsgericht eingeräumten Gestaltungsspielraum bestmöglich zu nutzen.

FRAUENGESUNDHEIT

Der KDFOB setzt sich für eine Gesundheitsversorgung ein, die die Gesundheit aller Frauen unabhängig von Familienstand, Alter, Wohnort und Herkunft sichert. Die unterschiedlichen Phasen im Lebenslauf sind dabei ebenso konsequent einzubeziehen wie die Wechselwirkungen von Gesundheit und Umwelt im Lebensverlauf. Wir halten einen ganzheitlichen Gesundheitsbegriff für unverzichtbar und plädieren für eine ressortübergreifende Gesundheitspolitik, in der Genderaspekte konsequent umgesetzt werden.

WIR FORDERN

- ▶ unabhängige, gut verständliche Gesundheitsinformationen auf Grundlage medizinischer Erkenntnisse bereitzustellen und stärker zu verbreiten, um informierte Patientenentscheidungen für Frauen (und Männer) sicherzustellen und zu fördern;
- ▶ den barrierefreien Zugang von Frauen mit Beeinträchtigungen zu medizinischer Versorgung, zu Reha-Maßnahmen sowie (frauen-)ärztlichen und psychotherapeutischen Einrichtungen sicherzustellen;
- ▶ ein flächendeckendes Angebot von psychosozialen Beratungsstellen und Therapieplätzen für Frauen mit psychischen Belastungen zu schaffen;
- ▶ Rahmenbedingungen zu schaffen, die Schwangeren eine natürliche Geburt ermöglichen. Dazu gehört unabdingbar eine wohnortnahe medizinische Versorgung durch Hebammen, Geburtshäuser und Kliniken mit Entbindungsstation, besonders in strukturschwachen Regionen;
- ▶ Angebote der Beratung, Vorsorge und Rehabilitation für Mütter, Väter und pflegende Angehörige, wie beispielsweise die des Müttergenesungswerks, weiterhin staatlich zu fördern, da sie sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen einsetzen;
- ▶ eine stärkere geschlechterbezogene medizinische Forschung, Beratung und Betreuung in der medizinischen Ausbildung und Hochschullehre.

GEWALT GEGEN FRAUEN UND MÄDCHEN

Der KDFOB fordert den Schutz von Frauen und Mädchen und die Bekämpfung jedweder Form von sexualisierter Gewalt. Wir setzen uns zur Wehr gegen geschlechterbezogene Diskriminierung und Diffamierung in Politik und Gesellschaft und mahnen die stark zunehmende Gewalt in allen sozialen Medien sowie im Bereich der digitalen Kommunikation an. Ausdrücklich bekräftigen wir die Bedeutung der Istanbul-Konvention als internationales Abkommen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt.

WIR FORDERN

- ▶ die Errungenschaften und Ziele tatsächlicher Gleichstellung zwischen den Geschlechtern gegen Diskriminierung und Ausgrenzung entschieden zu verteidigen;
- ▶ die langfristige Sicherung und Unterstützung der Arbeit von Organisationen und Institutionen, die von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen beraten und betreuen;
- ▶ Maßnahmen zur Prävention und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt an Frauen, Kindern und Schutzbedürftigen auszubauen und Sicherheitsräume sicherzustellen sowie die konsequente Verfolgung sexualisierter Gewalt;
- ▶ HateSpeech, Cybermobbing und -sexismus entschieden Einhalt zu gebieten und zugleich qualifizierte Angebote und Beratungsstellen zu erweitern, damit betroffene Frauen Hilfen für Umgang und Verarbeitung digitaler Gewalterfahrung bekommen;
- ▶ die Aufnahme von digitaler Gewalt und deren Indikatoren in die Istanbul-Konvention;
- ▶ die konsequente Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution, auch durch Änderungen im Aufenthaltsrecht sowie eine konsequente länderübergreifende Zusammenarbeit;
- ▶ die Einführung eines Sexkaufverbotes, der Freierbestrafung und den Prostituiertenschutz.

FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN & INTEGRATION GESTALTEN

Der KDFOB steht dafür ein, Menschen Schutz zu gewähren, die vor Krieg, Verfolgung und Gewalt aus ihrer Heimat fliehen. Wir treten weiteren Auswirkungen des Klimawandels entgegen und machen uns stark für eine Welt ohne Hunger, Gewalt und Armut. Dies gelingt jedoch nicht im Alleingang, sondern braucht die Mithilfe und Unterstützung aller weltweit. Dazu zählt die Unterstützung derjenigen Menschen und Länder, die finanzieller und humanitärer Hilfe bedürfen. Wir setzen uns für eine gelingende Integration der nach Deutschland geflüchteten Frauen und ihrer Familien ein.

WIR FORDERN

- ▶ die Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern sowie Stärkung einer gemeinsamen europäischen Strategie für eine gelingende Integrationspolitik;
- ▶ frauenspezifische Fluchtgründe wie bspw. eine erlittene oder drohende weibliche Genitalverstümmelung und deren Folgen im Asylverfahren deutlich stärker zu gewichten;
- ▶ gesundheitsbezogene Maßnahmen und Unterstützungsangebote für nach Deutschland geflüchtete Mädchen und Frauen zu entwickeln, um deren spezifische gesundheitliche Belastungen und Risiken nachhaltig zu berücksichtigen und ihren Zugang zu medizinischer Versorgung sicherzustellen;
- ▶ Rahmenbedingungen, die eine institutionelle und ehrenamtliche Unterstützung und Begleitung von Frauen, Männern und ihren Familien nach Erhalt des Bleiberechtes nachhaltig ermöglichen;
- ▶ gesellschaftliche Teilhabe von Mädchen und Frauen mit Flucht- und Migrationserfahrung durch spezifische Aus- und Weiterbildungsangebote sowie Berufsprogramme zu fördern;
- ▶ ein entschiedenes Eintreten für Akzeptanz und Toleranz und gegen alle Formen von Diskriminierung und Benachteiligung, die Menschen aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer Religion, Herkunft, Hautfarbe, Behinderung oder Krankheit erfahren.

EINE WELT – SORGE UM DAS GEMEINSAME HAUS

Als Christinnen und Frauenbundfrauen stehen wir in der Verantwortung zur Bewahrung der Schöpfung. Wir setzen uns für eine stärkere Verknüpfung von Wirtschafts-, Umwelt-, Entwicklungs- und Gleichstellungspolitik ein. Dazu gehören nachhaltige Kreislaufwirtschaft sowie die Einhaltung menschenwürdiger und sozialer Produktions- und Arbeitsbedingungen. Wir treten ein für die Sicherung und Verbesserung der Bildungs-, Gesundheits- und Teilhabechancen von Frauen und Mädchen weltweit und engagieren uns für das Erreichen der UN-Nachhaltigkeitsziele.

WIR FORDERN

- ▶ das Prinzip der Nachhaltigkeit im Grundgesetz zu verankern, um es so zu einem grundlegenden Maßstab deutscher Politik und Gesetzgebung zu machen;
- ▶ die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, die sich weltweit für nachhaltige Wirtschafts- und Finanzkreisläufe sowie die Teilhabe von Frauen engagieren, zu sichern und weiter zu fördern;
- ▶ die Rechte von Frauen und Mädchen weltweit zu sichern und umzusetzen, sowie die Rolle von Frauen und Mädchen in der Entwicklungszusammenarbeit noch stärker in den Blick zu nehmen;
- ▶ die Verpflichtung von Unternehmen in Deutschland, in der gesamten Wertschöpfungskette und nicht nur im eigenen Geschäftsbereich Sorgfalt walten zu lassen sowie die Einführung eines wirksamen europaweiten Lieferkettengesetzes;
- ▶ faire Produktions- und Handelsbedingungen für landwirtschaftliche Erzeuger*innen anzustoßen;
- ▶ bäuerliche, klima- und standortangepasste, umweltverträgliche Landwirtschaft zu fördern sowie Boden- und Lebensmittelspekulationen auf ein Minimum zu reduzieren;
- ▶ Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur effizienteren Energienutzung deutlich zu verstärken sowie ein Tempolimit 130 auf deutschen Autobahnen als kurzfristig umsetzbare Maßnahme zur CO₂-Reduktion im Bereich Mobilität festzulegen.

HABEN SIE FRAGEN ODER ANREGUNGEN ZU DIESEN THEMEN?

www.frauenbund.de



Katholischer
Deutscher
Frauenbund

Herausgeber:
Katholischer Deutscher Frauenbund e.V.
Kaesenstraße 18
50677 Köln

Telefon: 0221 / 860 92 0
E-Mail: bundesverband@frauenbund.de
www.frauenbund.de